

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW), Lehrstuhl Makroökonomik und Jean Monnet Professor an der Bergischen Universität Wuppertal, Alfred Grosser Professur 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn; Non-Resident Senior Fellow, AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC.

www.eiiw.eu, welfens@eiiw.uni-wuppertal.de Der Autor hat ein Euro-Gutachten für die Landesregierung Nordrhein-Westfalens Anfang 2013 vorgelegt und die Studie Nachhaltige Überwindung der Eurokrise (2013) und das Buch Die Zukunft des Euro (2012) vorgelegt. Als einziger Hochschullehrer in Deutschland hat er bereits Ende 2008 die Euro-Krise bzw. die Refinanzierungsprobleme als Szenario formuliert (Buch Transatlantische Wirtschaftskrise, S. 158f.)

Euro-Krise: Konfuse Politik und falsche neue Alternativen © Welfens, 16.4.2013, eurozeitwelfens2013

Das Krisenmanagement der Eurozone in 2010-2012 war in wichtigen Punkten wenig durchdacht. Mit Zypern, Griechenland und faktisch auch Slowenien sind drei von sechs Euro-Erweiterungsländern in den Kreis der Krisenländer getaucht, wozu noch Irland, Portugal, Spanien kommen. Die Zypern-Krise, bei der erstmals Einleger von Banken zur Kasse gebeten wurden, verdeutlicht, dass die jetzige Architektur der Eurozone unhaltbar ist. Dieselbe Einsicht ergibt sich auch aus dem Portugal-Drama, wo das Verfassungsgericht die Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung zurückgewiesen hat. Noch mehr Chaos geht kaum. Der Ausweg ist eine Euro-Politikunion, die den Euro nachhaltig sichert: Auch die ökonomischen Vorteile, die auf Lebenszeitbasis rund 10 000 € pro Kopf betragen – das ist immerhin etwa 1/5 des von der Europäischen Zentralbank ermittelten Pro-Kopf-Vermögens in der Eurozone in 2008, das sich aus den Median-Angaben ergibt.

Eine solche Politikunion braucht ein eigenständiges Parlament, eine Euro-Regierung mit mehr Aufgaben und Ausgaben, eigener Besteuerung und Eurobonds, die fast allen beteiligten Ländern niedrigere Zinssätze brächten. Den Zugang zu Eurobonds bzw. die Mitwirkung in der Eurozone kann es nicht zum politischen Nulltarif geben; im Übrigen könnte z.B. Italien bei Eurobonds bis zu 60 Mrd. € jährlich an Zinskosten sparen, allerdings müsste man verbindlich festlegen, dass die Eurobonds-Dividende jeweils zu 1/3 für mindestens 15 Jahre in zusätzliche Schuldentilgung, höhere öffentliche Investitionen bzw. Innovationsförderung und Steuersenkungen gehen. Geht man in vorsichtiger Schätzung von einem Fiskalmultiplikator von 1 aus, dann bringt eine solche Politik eine garantierte Senkung der Schuldenquote von Jahr zu Jahr.

Das anfängliche Krisenmanagement war schon bei Griechenland unprofessionell, denn dass Athen es fertig brachte, einen Defizitbetrag 2009 zu realisieren – 4% Defizitquote in Brüssel angemeldet, 15,8% Ist-Wert – ist schon schlimm genug. Aber dass Griechenland, dessen Staatsvermögen 2010 deutlich höher als die Staatsschulden war, mit seinen Privatisierungen von kaum 2 Mrd. € nicht einmal 1% des Staatsvermögens in drei Jahren privatisierte, ist völlig unakzeptabel. Das ist negative Solidarität Athens mit sich selbst, die zudem Produktivitätsfortschritte und Wachstum verhindert. Die EU sieht zu, wie Griechenlands Regierung die erfolgreichen Privatisierungen von 29 Ländern Osteuropas als Lehrbeispiel ignoriert. Dabei sollte es der EU ein Leichtes gewesen sein, die Privatisierungserfolge osteuropäischer EU-Länder für Griechenland als Muster zu nehmen, Berlin hätte die Osteuropabank EBRD als Akteur im Privatisierungsgeschäft einschalten, die Krisenländern hätten via Vermögensabgabe stärker selbst zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen können.

In Deutschland wirbt schon eine neue Anti-Euro-Partei mit sonderbaren Sichtweisen: Auf der Website der Alternative für Deutschland-Partei heißt es gleich am Anfang: „Die Bundesrepublik Deutschland steckt in der schwersten Krise ihrer Geschichte – was für eine absurde Fehlwahrnehmung soll das denn sein? So wenig Realismus war selten; dem Unternehmen kann man nur Bad Luck(e) wünschen. Es fehlt noch ein dumper Leitartikel in einer Frankfurter Zeitung – ach, ist sogar schon erschienen -, der mit Bezug auf das von der EZB geschätzte Haushalts-Vermögen in Euro-Ländern ernsthaft meint, dass Deutschland das ärmste Land Westeuropas sei. Das Verhältnis von durchschnittlichem Haushaltsvermögen zu Median-Haushaltsvermögen ist in Deutschland nach EZB-Angaben etwa 4:1, in der Eurozone im Durchschnitt 2:1: Also, es gibt in Deutschland viel mehr Superreiche relativ zu allen Vermögenden als im Rest der Eurozone. Wenn man davon ausgeht, dass das im Ausland gehaltene nichtdeklarierte Vermögen proportional zu dieser Relation ist, dann dürften sich bei etwas genauerem Nachrechnen die Zahlen deutlich zugunsten Deutschlands ändern. Dass befragte Haushalte, die im Ausland nichtdeklariertes Netto-Vermögen haben, in Befragungen durch die EZB solche Vermögenspositionen aufgedeckt hätten, erscheint als völlig unplausibel. Die ökonomisch relevante Pro-Kopf-Vermögensbetrachtung, die dann die relativ geringe Haushaltsgröße Deutschlands einbezieht, gibt ohnehin ein für Deutschland besseres Bild als die Betrachtung des Median-Vermögens der Haushalte, das in jedem Land die

Vermögensposition darstellt, das die ärmeren 50% der Haushalte von den vermögensmäßig reicheren 50% der Haushalte trennt. Arm im Geiste ist auch arm. Bei der Anti-Euro-Partei sind Ökonomen am Werk, die offenbar nicht viel von Währungsintegration und Stabilitätspolitik verstehen und im Übrigen die politische Dynamik einer Zerstörung der Eurozone völlig unterschätzen. Schon einmal in Deutschlands Geschichte hat unverantwortlicher Unverstand aus der bürgerlichen Mitte eine Demokratie mit begraben. Es war zudem auch die Wirtschaftsredaktion jener Zeitung in Frankfurt, die am 11.9.2011 Hans Werner Sinn eine Plattform bot, in dem er zum Boykott der Europäischen Zentralbank durch die Bundesregierung aufrief. Man kann die EZB ja kritisch sehen, aber aus der Perspektive des Kritischen Rationalismus ist es jenseits der Aufgabe eines Wissenschaftlers, zum Boykott einer demokratisch legitimierten wichtigen Institution aufzurufen. Dass ausgerechnet der Chef des staatlich finanzierten Ifo-Institutes zur Demokratie-Beschädigung aufruft – was sagt das eigentlich?

Notwendig ist, die Staatsfinanzierungskrise zu beenden und neue kluge Regeln zu verankern, wobei man beides kombinieren sollte. Wer hierbei nicht mitmachen will, der sollte sich wohl mittelfristig aus der Eurozone verabschieden. Die Staatsfinanzierungskrise kann beendet werden, wenn man eine Euro-Politikunion einführt: Mit Ländern, die hierzu bereit sind und neue Regeln akzeptieren: (1) Alle Finanzministerien nutzen eine einheitliche Software, wobei die Europäische Kommission jederzeit in die digitalen Budgetabläufe aller Euro-Länder Einblick nehmen kann. Das ergibt Transparenz und verhindert einen neuen Fall Griechenland. (2) Es wird ein dreistufiger Schuldentilgungsfonds in etwa nach dem Vorschlag des Sachverständigenrates realisiert, allerdings eben mit den jeweils 5jährigen Stufen: I für das erste Drittel an kurzfristigen Schulden, die die 60%-Schuldenquote übersteigen; wer diese Schulden vereinbarungsgemäß tilgt, der nimmt an Stufe II teil, der ein weiteres Drittel, nämlich mittelfristige Papiere umfasst; wer II schafft, der ist bei III dabei, wobei jedoch die Schuldenquote von Stufe zu Stufe sinken muss. 3) Es werden Euro-Gemeinschaftsanleihen bis zu 20% des Bruttoinlandsproduktes jedes Eurolandes ausgegeben, das im Boom einen Haushaltsüberschuss erreicht und solche Überschüsse für künftige Boom-Situationen zusagt – die Regel wird durch eine automatisierte Strafzahlung abgesichert, wobei jedes Land vorab 0,5% des Bruttoinlandsproduktes auf ein Sperrkonto der Europäischen Investitionsbank einzahlen muss. 4) Die Infrastruktur-, Militär- und Innovationsförderausgaben werden weitgehend auf die supranationale Ebene verlagert, so dass man etwa eine Staatsverbrauchsquote von 5% beim Europäischen Parlament hat; der EU bzw. Brüssel werden zugleich beliebte Spielwiesen zu unsinnigen Eingriffen entzogen. Dass man einen Teil der Sozialversicherung – nämlich eine Mindestabsicherung – nach Brüssel verlagern könnte, steht auf einem zweiten Blatt. Aber schon mit 5% Staatsverbrauchsquote kann dann allein Brüssel die Konjunkturpolitik realisieren. 5) Nach der Einführung eines Euro-Parlamentes werden Euro-Staatsanleihen von Brüssel ausgegeben und es gibt eigenständige supranationale Steuern. Auf allen Politikebenen muss eine Schuldenbremse gelten. Ohne Politikunion gibt es keine Euro-Zukunft. Zu einer Euro-Politikunion gehören euroländisch organisierte Parteien. Griechenlands Defizitbetrug hätte man wohl niemals erlebt, wenn es – quasi analog zu den USA – eine konservative europäische Partei und eine sozialdemokratische europäische Partei gäbe und der Gipfel der politischen Aufstiegsperspektive Brüssel hieße; der konservative Ministerpräsident eines Euro-Lands Griechenland, das einen Mega-Defizit-Betrug umsetzte, hätte sofort das Ende seiner Parteikarriere erreicht und daher hätte er seinen solchen Betrug erst gar nicht versucht. Europäische Parteistrukturen sind von daher mindestens so wichtig wie Defizitregeln, wenn die Eurozone ein Erfolgsmodell bleiben will. Eine im engeren Sinn nur ökonomische Analyse der Eurozone führt von daher in die Irre.

Mit der Einführung von Eurobonds sinkt die Zinsausgabenquote um etwa 0,5% des Bruttoinlandsproduktes der Eurozone, was ein willkommener Anlass für mittelfristige Steuersenkungen sein sollte. Wenn sich Euro-Länder künftig nicht regelkonform verhalten bzw. einen Überschuldungskurs fahren wie Griechenland, dann bedeutet dies einen Konkurs des Landes innerhalb der Währungsunion. Mit einer vernünftigen supranationalen Ausgaben- bzw. Steuerquote kann man dies notfalls auch realisieren, der Staat als Institution würde nicht funktionsunfähig – wie das im gegenwärtigen System der Fall ist. Damit wäre sichergestellt, dass die Eurozone enorme ökonomische Vorteile aus der Währungsunion ziehen kann. Europa sollte zu einfachen klaren Regeln und sichtbaren Verantwortlichkeiten finden. Institutionell heißen für die Politische Union die Orientierungspunkte USA, Kanada, Schweiz, Australien. Keines dieser föderal aufgebauten Länder käme auf die absurde Idee, eine Bundes-Staatsverbrauchsquote von 1% zu realisieren, wie dies in der EU ist. Die vorgeschlagenen 5% wären kaum die Hälfte des Wertes der Schweiz. Als Ansatzpunkte für mehr Wachstum können der Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie und die Verbesserung der Gründerperspektiven gelten.